Nr. 141 2. Ausgabe

Sonntag, 26. Mai 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 87, Expedition Nr. 13 6 34, Verlag Nr. 13 5 26. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Kunsatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Schlußgebühr 30 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Vertreter und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,90 Mk., vierteljährlich 5,60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,90 Mk., vierteljährlich 5,90 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,90 Mk. vierteljährl. 5,90 Mk.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2,15 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2,22 „ „ 6,66 „
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

Italienische Erkundungsvorstöße gescheitert

Eine große Rede des englischen Ministerpräsidenten über den U-Boots- und den Landkrieg — Schwere blutige Verluste der Engländer östlich der Straße Nablus-Jerusalem — Reichstagspräsident Dr. Kaempf †

Die Entvölkerung Frankreichs

Vom Oberst z. D. P. Wolff

Die schweren Kämpfe an der Westfront erfordern fast täglich von den französischen Truppen unermeßliche Blutopfer. Die Bürde der Gegenangriffe, um die deutsche Offensive aufzuhalten, liegt in unverhältnismäßig hohem Maße auf den französischen Schultern. Die gewaltigen Niederlagen der Engländer führen das Verbluten der Franzosen herbei, die bis nach Flandern hinein die englischen Linien zu stützen und den weichenden Briten Halt zu geben haben. General Foch ist genötigt, immer neue Kräfte seiner Mansvriearmee zur Rettung der englischen Flandernfront einzusetzen. Weite Kreise der Franzosen finden schon keinen Trost mehr darin, daß auch Deutschland Verluste in den Kämpfen erlitten hat, die wissentlich übertrieben hoch angegeben werden, und haben schwere Bedenken gegen die Weiterführung des Krieges, der eine rettungslose Untergrabung der französischen Volkskraft herbeiführen werde. Der Präsident der Deputiertenkammer Deschanel hob kürzlich in einem Bericht im „Temps" über den Bevölkerungsrückgang in Frankreich mit Recht hervor, daß ein entvölkertes Frankreich inmitten von fruchtbaren Völkern, im Kampf der wirtschaftlichen Interessen bald ohne Waffen sein und deshalb seine Expansionskraft, sein Ansehen und seine Machtstellung in der Welt verlieren werde. Die Entvölkerung Frankreichs biete einen tragischen Ausblick in die Zukunft und sei eine außerordentlich ernste nationale Gefahr.

Der Bevölkerungsrückgang ist ein altes Leiden Frankreichs. Die französische Volkswirtschaft baut sich bekanntlich auf dem Grundsatze auf, den Besitz und den Anfall von Erbschaften möglichst zusammenzuhalten. Daraus entstand in den der Behäbigkeit und Genußsucht in hohem Grade ergebenen Familien die Neigung, die Zahl der Kinder zu beschränken, um das Eigentum nicht zu zersplittern. Das Zweikindersystem bürgerte sich in allen Gesellschaftsklassen ein und wurde trotz den staatlichen Prämien für kinderreiche Familien nicht fallen gelassen. 1907 offenbarten die statistischen Erhebungen zum erstenmal einen tatsächlichen Rückgang der Bevölkerung, indem die Zahl der Geburten hinter den Sterbefällen um rund 20 000 zurückblieb. Seitdem ist der Rückgang ständig langsam steigend geblieben und hat zu allen möglichen Abhilfsvorschlägen geführt, die aber keinen Eingang fanden. Dem bei Beratung des Militäretats 1908 in der Deputiertenkammer gestellten Antrage, die Präsenzstärke des Heeres entsprechend der Abnahme der Geburtenziffern progressiv herabzusetzen, wurde nicht zugestimmt. Man half sich damit, um die gleiche Heeresstärke wie in Deutschland trotz der um ein Drittel geringeren Volkszahl aufrechtzuerhalten, daß man für die fehlenden Militärtauglichen Bedingtauglichen einstellte, die den ganzen inneren Dienst der Truppenteile zu übernehmen hatten. Als dieses Mittel nicht mehr genügte, die deutsche Heeresstärke zu erreichen, führte man die dreijährige Dienstzeit von neuem ein und trat der Frage näher, aus den Kolonien und Nordwestafrika ein großes Kolonialheer zur Verteidigung des Mutterlandes zu schaffen, wozu sich die Eingeborenen nach ihrer körperlichen Beschaffenheit und ihren geistigen Eigenschaften besonders gut eigneten. Als die freiwillige Anwerbung, die in den Jahren 1912/14 zur Anwendung kam, nicht mehr genügendes Soldatenmaterial lieferte, ging man zur allgemeinen Wehrpflicht in den Kolonien über. Sie hat bis 1918 für den europäischen Kriegsschauplatz nicht weniger wie 500 000 Mann geliefert, die sich gut bewährt haben, oft als Elitetruppen bezeichnet wurden und vielfach in den Brennpunkten der Schlacht eingesetzt worden sind. Ohne die farbigen Truppen wäre Frankreich vielleicht schon längst am Ende seiner Kräfte gewesen.

Aus Frankreich sind Rekruten nicht mehr herauszuholen. Auch in den Kolonien gestaltet sich der Ersatz immer schwieriger, da sich die Eingeborenen der Aushebung durch Landflucht entziehen. Der Krieg trifft den Bevölkerungsstand Frankreichs zweifellos besonders schwer. Seine volkreichsten Departements im Norden sind von den Deutschen besetzt und jeglicher Nutzung entzogen. Die Einwohner sind aus Sicherungs- und Ernährungsrücksichten entfernt und in das Innere Frankreichs abgeschoben worden, wo sie in bedrängter Lage sind. Ein bis zu 60 Kilometer breiter Gürtel von der Nordsee bis zu den Vogesen liegt infolge der Stellungskämpfe in Trümmern, seine wirtschaftliche Ausnutzung ist für viele Jahre verloren. Der Krieg hat die Geburtenzahl wesentlich vermindert und die Sterblichkeit, auch abgesehen von den Kämpfen, merklich erhöht. 1913 betrug die Geburtenzahl in Paris auf 1000 Einwohner nur 9,8, in Berlin 12,2, die Sterblichkeitsziffer in Paris 15,2, in Berlin 10,0. Gegenwärtig kommt in verschiedenen Departements bereits auf zwei Sterbefälle nur eine Geburt. Dabei besteht ein mühsamhaftes Uebergewicht des weiblichen Geschlechts in solcher Stärke wie in keinem andern Lande. 1911 hatte Frankreich bei 39 192 000 Einwohnern 700 000 Frauen mehr als Männer. Bis zum 20. Lebensjahre halten sich beide Geschlechter im allgemeinen die Wage, dann aber richten die grassierende Tuberkulose und andre ansteckende Krankheiten Verwüstungen unter der männlichen Bevölkerung an. Die Sittenlosigkeit in den großen Städten, die enorme Kindersterblichkeit und Seuchen aller Art, die nicht stetig bekämpft werden, schlossen das Aufsteigen der Bevölkerungsziffer von Jahr zu Jahr mehr aus.

Der Krieg entvölkert Frankreich zusehends, eine neue Volkszählung würde diese Tatsache in erschreckender Weise klarstellen. In der Deputiertenkammer wurden schon im Januar d. J. bei Erörterung des Staatshaushalts aus diesem Grunde schwere Bedenken gegen die Weiterführung des Krieges erhoben. Dazu kommt, daß der Mannschaftsersatz aus Afrika und die Heranziehung der farbigen Arbeiter für die Landwirtschaft und die Fabriken im Mutterlande eine bedenkliche Rassenmischung herbeiführt und die Reinheit der weißen Rasse arg zersetzt hat. Frankreich bezahlt seinen Ruhmesdurst schon jetzt mit der Aufopferung seines Volkstums und der Reinheit seiner Rasse. Durch den zunehmenden Bevölkerungsrückgang wird es allmählich in die Rolle der kleinen Nationen hinabsinken, wenn nicht eine völlige Umkehr auf volkswirtschaftlichem Gebiete eintritt. Die jetzigen Machthaber beschleunigen durch ihr Bestehen auf gewaltsamer Fortsetzung des Krieges den Zerfall und achten nicht auf den Niedergang der Volkszahl. Erst der Friede unter einsichtigeren Führern kann Besserung bringen und die Aussichten auf die Zukunft Frankreichs freundlicher gestalten.

Die Entente an der Murmanküste

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

m. Köln, 25. Mai

Die „Köln. Ztg." meldet aus Stockholm: Ueber die Politik der Verbandsmächte an der Murmanküste liegen jetzt einige beachtenswerte Aeußerungen vor. Petersburger Zeitungen vom 8. Mai berichten über Kundgebungen von englischen, französischen und amerikanischen Offizieren, die dort tätig sind, an die Bevölkerung des als selbständig anerkannten Murmangebietes folgendes: Der Befehlshaber der dort operierenden englischen Flotte Admiral Kemp sagte unter anderm:

„Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich heute ein Telegramm der englischen Regierung erhalten habe, worin im allgemeinen die Grundsätze der englischen Politik im Murmangebiete dargelegt werden. Ich teile hierüber amtlich mit, daß die Regierung Großbritanniens auf der Grundlage der beiderseitigen Interessen freundschaftliche Beziehungen zu der Republik Murman unterhalten wird. Sie wird immer die Verteidigung der Republik gegen Angriffe von außen mit der größten verfügbaren militärischen Macht unterstützen. Großbritannien beabsichtigt nicht, irgendeinen Teil des Gebietes von Großrußland zu erobern, betrachtet aber mit größter Unruhe die Möglichkeit der Abtrennung der Gebiete von Rußland, die im Norden und Osten von Finnland liegen. Finnland wird jetzt als eine Kolonie Deutschlands betrachtet werden."

Frankreich gab durch einen Kapitän folgende amtliche Erklärung ab: „Die Regierung der französischen Republik, welche die Verbindung mit der Russischen Föderativen Republik eifrig zu erhalten wünscht, betrachtet die Verteidigung der murmanischen Häfen und der Murmanbahn gegen Bestrebungen finnischer und deutscher Annexionisten als eine sehr wichtige Frage. Frankreich will durch seine militärische Unterstützung keine Absichten auf russisches Gebiet bekunden, sondern nur den Wert des Besitzes der Murmanküste für Rußland unterstreichen." Der amerikanische Bevollmächtigte Leutnant Martin erklärte: „Die Vereinigten Staaten werden das durch den Frieden von Brest-Litowsk gedemütigte Rußland noch weniger verlassen als das alte." Und auch diese Erklärung klingt in die Versicherung aus, daß an eine Annexion nicht gedacht werde. Private Nachrichten, die über Stockholm eingegangen sind, besagen, daß in England Schiffe zu Transporten nach der neuen englischen Kolonie an der Dreiländerecke des Eismeeres bereitgestellt werden.

Englische Fliegerangriffe auf Zeebrügge

WTB. London, 24. Mai. (Amtlich)

In der Zeit vom 20. bis 22. Mai führten Teile unsrer Luftstreitkräfte Bombenunternehmungen gegen Zeebrügge, die Mole, den Stützpunkt der Wasserflugzeuge und die in der Nähe liegenden feindlichen Schiffe, ferner gegen Thourout und den feindlichen Flugplatz von St-Denis-Westren aus. Es werden zwei Volltreffer auf feindlichen Torpedobootzerstörern gemeldet mit dem durch photographische Aufnahmen festgestellten Ergebnis, daß ein Zerstörer gesunken ist. Außerdem wurden drei feindliche Flugzeuge steuerlos heruntergetrieben. Alle unsre Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt.

Hierzu erfahren wir von zuständiger Stelle, daß in der laut englischer Meldung angegebenen Zeit vom 20. bis 22. Mai zwar mehrfach Fliegerangriffe auf Zeebrügge und Umgebung von den Gegnern ausgeführt worden sind, irgendwelcher Erfolg blieb jedoch dem Gegner versagt. Bei einem Fliegerangriff am Tage vorher und am 18. Mai auf die Werft Brügge erhielt eines unsrer Torpedoboote durch eine Fliegerbombe leichte Beschädigungen. Es ist keins unsrer Torpedoboote gesunken. Die Engländer verloren bei ihren vergeblichen Bemühungen, unsern flandrischen Stützpunkten durch Fliegerangriffe Schaden zuzufügen, allein in der Zeit vom 18. bis 22. Mai fünf Flugzeuge. Ein weiteres wurde zur Notlandung gezwungen und die Besatzung gefangengenommen.

Die Kämpfe an der italienischen Front

× Wien, 25. Mai. Amtlich wird verlautbart:

Die Kämpfe im Sugana-Raum flauten gestern wesentlich ab. Auf der Hochfläche von Asiago und an der unteren Piave scheiterten feindliche Erkundungsvorstöße. In Riva wurden durch feindliches Artilleriefeuer einige Häuser beschädigt. Ueber 30 feindliche Flugzeuge haben Feltre mit Bomben belegt; ein Zivilist wurde getötet, acht verwundet, sonst nur geringer Sachschaden erzielt. Feldpilot Offiziersstellvertreter v. Kiß, einer unsrer erfolgreichsten Piloten, wurde im Luftkampf abgeschossen und tot geborgen.

Der Chef des Generalstabes.

Ein Hilfskreuzer mit amerikanischen Soldaten gesunken

× London, 25. Mai

Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Der bewaffnete Hilfskreuzer „Moldavia", 9609 Tonnen, ist am 23. Mai früh torpediert worden und dann gesunken. Keine Menschenverluste unter der Mannschaft. Doch werden 56 amerikanische Soldaten vermißt. Es ist zu befürchten, daß sie in einer Abteilung durch die Explosion getötet worden sind.

•

Ein irischer Dampfer gesunken

× London, 25. Mai. (Reuter)

Der irische Postdampfer „Innisfarra" wurde am 24. Mai auf der Rückreise von Fishgard nach Cork torpediert und sank. Fünf Mann der Besatzung, einschließlich des Kapitäns, wurden gerettet. Die übrigen 87 Mann werden vermißt und sind wahrscheinlich umgekommen. „Innisfarra" sank sehr schnell. Einer der Ueberlebenden wurde an Bord des U-Bootes genommen. Der Kapitän der „Innisfarra" ist ernstlich verwundet.

Geleitscheine für holländische Schiffe

× Haag, 23. Mai

Das Korresp.-Bureau teilt mit: Auf eine Anfrage bei der deutschen Regierung erfuhr der niederländische Gesandte in Berlin, daß die letzte Aenderung der deutschen Prisenordnung in vollem Umfange auf die niederländische Schiffahrt zur Anwendung komme, da der größere Teil der niederländischen Schiffe im Dienste der Alliierten fahre. Jedoch wurde hinzugefügt, daß weder von einem Angriff ohne Warnung, noch von einer Vernichtung außerhalb der sogenannten unsicheren Zone die Rede ist, ferner daß die von deutscher Seite gemachten Schwierigkeiten wegfallen, wenn über die Bedingungen, unter denen Deutschland bereit ist, niederländischen Schiffen Geleitscheine zu gewähren, eine Vereinbarung getroffen ist. Geleitscheine sollen im voraus sichere Fahrt verbürgen. Ueber diese Vereinbarung wird jetzt verhandelt.

•

Die Schiffahrt Amerika — Niederländisch-Indien

× Washington, 23. Mai. (Reuter)

Gemäß dem Wunsche Amerikas, den Handel zwischen den niederländisch-indischen Kolonien und den Vereinigten Staaten anzuregen, hat das amerikanische Kriegshandelsamt dem Generalgouverneur von Niederländisch-Ostindien die Versicherung zugehen lassen, daß an Dampfer, die zwischen dem Archipel und den amerikanischen Häfen fahren, Bunkerkohle abgegeben werden soll, und ebenso, daß Ausfuhrerlaubnisse für amerikanische Dampfer die für den Archipel bestimmt sind, in Kraft bleiben und, wenn nötig, erweitert werden sollen. Das Versprechen Amerikas, keine Schiffe zu beschlagnahmen, die sich am 21. März in niederländischen Kolonialhäfen befunden haben, gilt auch für Schiffe, die auf dem Wege vom Archipel nach amerikanischen Häfen waren.

Die Berliner Reise Burians

(Privattelegramm)

+ Berlin, 25. Mai

Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Burian wird in den ersten Tagen des Juni hier eintreffen, um dem Reichskanzler seinen Antrittsbesuch zu machen, gleichzeitig aber auch, um bei dem Beginn der politischen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, die in den nächsten Tagen hier eingeleitet werden, mitzuwirken.

Der Staat und die Bodenschätze

Unser Münchner Mitarbeiter schreibt:

Auch die bayrische Staatsregierung hat jetzt einen Gesetzentwurf den Kammern (wie von uns bereits kurz berichtet. — D. Red.) vorgelegt, der dazu dienen soll, den Anspruch des Staates auf die Bodenschätze auf eine neue und feste Grundlage zu stellen. Die Vorlage will die Bergbaufreiheit für Eisen- und Mangauerze sowie für Braunkohle überhaupt aufheben. Deren Gewinnung soll ein staatliches Regal werden. Dem Entwurf ist eine eingehende Begründung und eine außerordentlich inhaltreiche Denkschrift der beteiligten Ministerien beigefügt. Die Denkschrift gibt über den Stand der verliehenen Bergwerksrechte in Bayern klaren Aufschluß und zieht aus den tatsächlichen Feststellungen Folgerungen. Der Raum verbietet ein näheres Eingehen auf den Gegenstand.

In Sachsen wird ein Hinweis interessieren auf die Aufsuchung und Gewinnung von Bitumen, Erdöl, Asphalt, Oelschiefer, Erdgas und andern Arten von Bitumen, die unter Aenderung des bayrischen Berggesetzes vom 13. August 1910 dem Staate in Zukunft vorbehalten bleibt, der seinerseits Aufsuchung und Gewinnung unter den von ihm für geboten erachteten Bedingungen auf Dritte übertragen kann.

In der Begründung zu dieser Neuordnung werden nämlich die sächsischen Gesetzgebungspläne zum Vergleich herangezogen, aber auf wichtige Unterschiede zwischen der Ausnutzung bituminöser Vorkommen und dem Kohlenbergbau hingewiesen. Der Entwurf steht auf dem Standpunkte, daß der Grundeigentümer oder derjenige, der ein vom Grundeigentum abgeleitetes persönliches oder dingliches Abbaurecht besitzt (Abbauberechtigter), eine Rücksichtnahme nur dann beanspruchen kann, wenn er bereits Bitumen gewinnt oder wenn er wenigstens auf Bitumen fündig geworden ist und deshalb mit einer künftigen Ausbeute rechnen kann. In diesen Fällen hat sich der Grundeigentümer oder Abbauberechtigte durch den Erfolg seiner Arbeit, die das Mineral erschlossen hat, ein Anrecht auf Wahrung seines Besitzstandes erworben.

Dagegen erkennt der Entwurf dem Grundeigentümer oder Abbauberechtigten kein Recht auf Entschädigung zu, wenn das vorgeschlagene Gesetz lediglich einer Spekulation den Boden entzieht, wie es in den Fälle eintreten kann, daß Abbauverträge mit Spekulanten abgeschlossen sind, positive Arbeit für die Hebung des Minerals aber nicht geleistet ist.

Eine andre Frage ist, ob das Gesetz dem Grundeigentümer, auf dessen Grund und Boden künftig vom Staate oder seinem Konzessionar Bitumen gewonnen wird, einen Anteil an der Ausbeute gewähren soll, etwa in der Art eines Bergzehnten. Eine solche Regelung ist in der jüngsten Vorlage zum sächsischen Berggesetz vorgesehen, die dem Grundeigentümer die Aufsuchung und Gewinnung der Stein- und Braunkohle entziehen und dem Staate vorbehalten will. Der Fall ist indes, so hebt die Begründung hervor, nicht völlig vergleichbar mit dem vorliegenden: die Gewinnung von Kohle hatte sich bisher für viele Grundeigentümer im Königreiche Sachsen als ein wertvoller Bestandteil des Grundeigentums erwiesen, während die Gewinnung von Bitumen als Ausfluß des Grundeigentums bisher in Bayern, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, keine Rolle gespielt hat; ferner ist die unter der Oberfläche eines Grundstücks abgelagerte Kohle in völlig einwandfreier Weise als eine Frucht des Grundstücks festzustellen, während bei den flüssigen und gasförmigen Bitumenvorkommen diese Feststellung nicht gleichermaßen möglich ist: Oel- und Gasquellen, die auf der Oberfläche des Grundstücks des A. gebohrt werden, können ihren Ausgang in der Tiefe unter den Grundstücken der Eigentümer B., C. und D. genommen haben, die mit dem gleichen Rechte wie A. einen Anteil an der Förderung beanspruchen könnten. Die Einräumung einer Förderabgabe an den Grundeigentümer, auf dessen Grundstück das Erdöl oder die Gasquelle zutage tritt, würde also eine unbefriedigende Lösung darstellen. Der Entwurf sieht aus diesen Gründen davon ab.

Die Bestrebungen, in Bayern der uferlosen Spekulation in Bergwerksrechten, die von privater Seite erworben wurden, einen starken Riegel vorzuschieben, sind schon seit langen Jahren im Gange. Erst jetzt haben sie auf Wunsch von Abgeordneten die Vorlage gezeitigt, die hier in erster Linie die Rechte für Erzgewinnung umgrenzen will. Für die Gewinnung von Graphit, die bekanntlich in Niederbayern eine, wenn auch noch verhältnismäßig junge, so doch sehr erhebliche Bedeutung hat, will sich die Regierung einstweilen noch beobachtend verhalten, aber gegebenenfalls zur geeigneten Zeit eine ähnliche gesetzliche Regelung vorschlagen. Vorerst erachtet man die Einschränkungen, die der Graphitgewinnung — die bekanntlich in ganz Deutschland einzig in Bayern möglich ist — durch die stellvertretenden Generalkommandos und durch Bundesratsverordnung auferlegt sind, für ausreichend.

Die mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine bei Kaiser Carl

× Wien, 25. Mai

Der Kaiser empfing gestern eine Abordnung des mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins unter Führung des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein, des Frhrn. v. Plener und des ungarischen Handelsministers Grafen Serenyi.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918052602/1